

INHALT:

SEITE:

Kiezträger oder Besetzerträger? Instrument zur behutsamen Stadterneuerung oder Selbstbedienungsladen?	1
Arbeitsstrukturen der Trägergruppe oder warum immer alles so lange dauert ...	5
Privateigentum, Gemeinschaftseigentum... oder warum wir uns überlegen, selber Häuser zu kaufen	7
Aufstellung der an der Genossenschaft beteiligten Häuser	8
Utopie	9
Anhang - Chronologie	I - IV

Waren Brudde
Currystr. 20
1000 Berlin 36

von der Genossenschaft
Kiezträger S.H.i.U. -
Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg
eG zur Gründung
Wiener Str. 14
1000 Berlin 36

KIEZ--TRÄGER ODER BESETZER--TRÄGER ?

Instrument zur behutsamen Stadterneuerung oder Selbstbedienungsladen?

Im Laufe des Wettbewerbs "Strategien für Kreuzberg" wurde der Verein SO 36 gegründet und der ZIP-Ausschuß installiert. Für viele Bereiche konnte der Verein SO 36 eine eigentümerunabhängige Mieterberatung durchsetzen, und im ZIP-Ausschuß konnte in vielen Fällen Einvernehmen mit Verwaltung und Eigentümern hergestellt werden, bevor offene Konflikte ausbrachen.

Verhindern konnten beide Institutionen jedoch nicht, daß in Erwartung von Neubau und Luxusmodernisierung mit staatlichen Subventionen sich immer mehr Bauträger und Abschreibungsgesellschaften im Gebiet einkauften. Das Verfallenlassen von Häusern, die Vertreibung alteingesessener Bewohner und Gewerbebetriebe sowie Leerstand nahmen zu, ebenso die Auseinandersetzungen von Bewohnern und Mieterberatung mit Eigentümern über Instandsetzung und Modernisierung.

Um die Beteiligung der Bewohner des Stadtteils an der Sanierung sicherzustellen, kamen eine Reihe von Aktivisten/innen auf die Idee, einen bewohnerorientierten Träger in Kreuzberg SO 36 aufzubauen. Jacoby u.a., Berlin, wollten mit einer kiez eigenen Wohnungsbaugenossenschaft Pilotprojekte für Mieter, Eigentümer und Verwaltung demonstrieren: Art und Weise von Instandsetzung und Modernisierung bei Mieterselbsthilfe und Mietermitbestimmung.

Über die Diskussion hinaus passierte jedoch nicht viel. Konkreter wurde diese Idee erst, als es den Stadtteilinitiativen ebenso wie den Besetzern ein immerdringenderes Bedürfnis wurde, sich um die Legalisierung der besetzten Häuser zu kümmern.

Instandbesetzungen waren ein Mittel, um Leerstand, Abriß und Luxusmodernisierungen zu verhindern. In den insgesamt acht besetzten Häusern im Strategiegebiet wurde zum einen gezeigt, wie ein großer Teil der Instandsetzung und Modernisierung behutsam und ohne Millionen zu leisten ist, und zum anderen, wie es möglich ist, neue Lebens- und Arbeitsformen mit selbstgeschaffenen Arbeitsplätzen ebenfalls ohne Förderungsmillionen aufzubauen.

Da die Besetzer ein viel konkreteres Bedürfnis zur Legalisierung ihrer Häuser hatten - sie wohnten schließlich in ihnen - ist es nicht weiter erstaunlich, daß sie die Diskussion schnell an sich zogen. Es waren eben zunächst mal keine Mieter da, die sich zusammengeschlossen hatten, um ein alternatives Trägermodell zur Übernahme ihrer Häuser zu entwickeln, sondern es waren Besetzer da, die einen Träger suchten, der ihre Häuser übernehmen und absichern sollte, so daß sie in ihnen wohnen bleiben konnten.

Natürlich sollte dieser Träger ganz anders sein, er sollte Selbstbestimmung und Selbstverwaltung ermöglichen und er sollte auch für ganz "normale" Miethäuser offen sein.

Zunächst mal aber wurde die Diskussion über den Träger von den Besetzern und den Problemen der besetzten Häuser bestimmt. Zwischen den acht besetzten Häusern hier im Kiez bestand schon seit längerem ein enger Verbund über Einrichtungen wie z.B. den allsonntäglich tagenden Kiezzrat. Anfang des Jahres bildete sich eine feste Arbeitsgruppe mit Leuten aus der BI SO 36, dem Verein SO 36, der Tabor-Kirchengemeinde und Vertretern aus den besetzten Häusern.

Zusammen wurde versucht, herauszufinden, wie am besten eine Organisation aufzubauen ist, die die Eigentumsrechte an den Häusern übernehmen sollte.

Die Anforderungen an eine solche Organisation waren folgende:

- * die Entscheidungsprozesse sollen von unten nach oben verlaufen und breite Beteiligungsmöglichkeiten aller Bewohner ermöglichen,
- * die Form des Trägers soll einfach und überschaubar sein,
- * die Bewohner sollen ihre Häuser selber verwalten,
- * die Entscheidung über Art und Ausmaß der Instandsetzung und Modernisierung soll bei den Bewohnern liegen,
- * die mittel- und langfristige Erhaltung der Altbausubstanz soll erreicht und gesichert werden,
- * die Kosten sollen möglichst niedrig gehalten werden,
- * die Eigentums- und Verfügungsrechte sollen derart getrennt werden, daß die Eigentumsrechte beim Träger liegen, die Verfügungsrechte dagegen bei den Bewohnern.

Jetzt ging es darum eine geeignete Rechtsform zu finden, mit der man all diesen Anforderungen gerecht werden konnte.

Nachdem bei einer Reihe von Fachleuten Auskünfte darüber eingeholt wurden, welche Vor- und Nachteile die GmbH, der Verein und die Genossenschaft haben, entschlossen wir uns zur Gründung einer Genossenschaft, weil diese Rechtsform breite demokratische Mitbestimmung möglich macht und gleichzeitig ein hohes Maß an Verbindlichkeit von ihren Mitgliedern erfordert; weiterhin ist sie nicht nur auf wirtschaftliche sondern auch auf soziale Belange ausgerichtet.

Niemand wollte, daß alle Besetzer persönlich an der Genossenschaft beteiligt sind, allein schon, um eine allzu große Fluktuation der Mitglieder bei Ein- und Auszügen in den Häusern zu verhindern. Also wurde die Genossenschaft so konzipiert, daß sie ausschließlich aus juristischen Personen besteht. Dazu mußte jedes Haus, das sich an der Genossenschaft beteiligen wollte, zunächst einen Hausverein gründen. Dieser Hausverein wurde dann Mitglied der Genossenschaft. Vorstand und Aufsichtsrat setzten sich aus natürlichen Personen zusammen, die von den Hausvereinen für diese Aufgabe delegiert werden.

Nachdem die Grobkonstruktion so weit gefunden war, hat's dann ziemlich lange gedauert, bis Einigung über eine Satzung erzielt wurde. Als Vorlage hat die Satzung der Selbsthilfe-Wohnungsbaugenossenschaft Forsterstr. eG gedient, die für unsere Zwecke zum Teil "umgebaut", zum Teil völlig neu gefaßt wurde. Wir haben die Satzung mit allen Leuten in den Häusern so lange diskutiert, bis wir uns auf eine Fassung geeinigt haben, mit der alle einverstanden waren. Am 4. Juli 1982 wurde dann die Genossenschaft Kiezträger S.H.i.K. - Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg gegründet.

Gründungsmitglieder sind der Verein SO 36, die BI SO 36, die Tabor-Kirchengemeinde sowie 8 Hausvereine. Seitdem läuft der Anerkennungsprozeß. Eine Genossenschaft muß im Genossenschaftsregister eingetragen werden und Mitglied in einem Genossenschaftsverband sein, dem Verband der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften e.V. Dieser Verband muß ein wirtschaftliches und ein juristisches Prüfungsgutachten erstellen, aufgrund dessen eine Genossenschaft dann eingetragen oder auch nicht eingetragen wird. Der juristische Teil ist mit dem Verband inzwischen weitgehend abgeklärt worden, Schwierigkeiten gibts immer noch beim wirtschaftlichen Gutachten.

Mit der Gründung der Genossenschaft wurde eine juristische Person geschaffen, die formale Voraussetzung ist, um Eigentumsrechte an Häusern und Grundstücken zu übernehmen. Per Satzung ist ausgeschlossen, daß Einzelne sich in irgendeiner Art privat mit den Häusern bereichern können.

Die Stadtteilgremien wie Verein SO 36, BI SO 36 und Tabor-Kirchengemeinde wollten mit der Teilnahme an der Gründung der Genossenschaft ihren Beitrag zur Legalisierung der instandbesetzten Häuser im Kiez leisten, verloren jedoch mit der Eingrenzung des Trägers auf die Legalisierungsproblematik zunehmend das Interesse an einer kontinuierlichen Mitarbeit.

Durch ihre Mitgliedschaft in der Genossenschaft gewähren sie eine Art stille Unterstützung, waren jedoch nicht in der Lage, der Trägerarbeit Impulse in eine Richtung zu geben, die eine weitergehende Einbeziehung anderer Häuser möglich gemacht hätte. So war es nahezu zwangsläufig, daß die Trägergruppe, von der die Arbeit weitgehend bestimmt wurde und wird, sich immer im Kreis um die besetzten Häuser drehte. Heute werden Verein, BI und Tabor-Gemeinde hauptsächlich noch durch einzelne Personen vertreten, die aus persönlichem Engagement weiterhin für die Legalisierung der besetzten Häuser arbeiten wollen.

Die Trägergruppe ist heute ein kleines, wenn auch zähes Trüppchen von Leuten, die trotz der desolaten politischen Situation die Idee nicht fallenlassen wollen, die Häuser in einer Art "Kiez-Gesamtlösung" zu legalisieren, ohne daß einzelne Besetzergruppen Privateigentümer werden müssen. Darauf hat sich seit längerem das Interesse der Besetzer reduziert, ohne das Ziel "wohnungspolitische Alternativen" zu vergessen, jedoch auch ohne in der Lage zu sein, es konkret weiter zu verfolgen. Man hat mit den eigenen Problemen genug zu tun, mit dem mangelnden Know how, mit den Schwierigkeiten und Langwierigkeiten der Basisdemokratie, mit der kräftezehrenden Mobilisation gegen das immer stärker werdende Gefühl der Resignation angesichts der politischen Situation und angesichts der eigenen schwachen Kräfte.

Darüberhinaus darf man sicher nicht vergessen, daß die Leute in den besetzten Häusern in den letzten zwei Jahren der Besetzung zum Teil auch arg strapaziert wurden. Nicht nur, daß sie viele Stunden mit nervverzermbenden Trägerdiskussionen verbrachten, sie setzten auch die Häuser instand, schlugen sich auf der Straße herum, und nicht zuletzt erfordert das für die meisten ungewohnte Leben in großen Gruppen einen erheblichen Kraftaufwand.

Die Einsicht in die politische Notwendigkeit eines Kiezträgers auf der einen Seite, die schlechte politische Ausgangsposition, mangelnde Unterstützung und kapazitätsmäßige Überforderung auf der anderen Seite, legen ein stufenweises Vorgehen nahe.

Zunächst werden wir uns weiterhin auf die Lösung der Hausbesetzerproblematik beschränken, um daraus dann möglicherweise später ein weitergehendes stadtteilpolitisches Instrument zu entwickeln.

ARBEITSSTRUKTUREN DER TRÄGERGRUPPE oder
warum immer alles so lange dauert

Anfang des letzten Jahres, als wir mit der "Trägerarbeit" begannen, gab es im "Strategienggebiet" in Kreuzberg SO 36 acht ganz oder teilweise besetzte Häuser, in denen ca. 200 Leute lebten. Die Besetzer eines dieser Häuser wollten nicht verhandeln und hatten von daher auch kein Interesse am Aufbau einer Trägerorganisation. Sie begründeten ihre Haltung damit, daß sie keinen Sinn darin sähen, mit diesem Senat zu verhandeln, das wäre Zeit- und Kraftvergeudung, da der Senat die Legalisierung ja doch nicht ernsthaft wolle. Zudem hätten sie keine Lust, sich intensiv mit rechtlichen Formalitäten zu beschäftigen, die sie ihrem Inhalt nach sowieso verurteilten. Die Auseinandersetzung und das mühsame Aneignen von Wissen z.B. über Vereinsgründungen und Finanzierungsformen würde sie von anderen, sinnvolleren Aktivitäten abhalten. Sieht man sich die Situation heute - im Januar 1983 - an, so kann man zu dem Schluß kommen, daß sie mit ihrer Einschätzung so falsch gar nicht lagen.

Die Bewohner der anderen 7 Häuser entschlossen sich nach ausführlicher Diskussion dann ziemlich schnell, daß sie sich aktiv um die Legalisierung ihrer Häuser bemühen wollten. Ein weiteres Haus beteiligte sich dann allerdings später auch nicht an der Gründung der Genossenschaft.

Die Genossenschaft wurde ganz bewußt als Kiezträger konzipiert, in dem Sinne, daß sich in diesem Träger nur besetzte Häuser aus dem Strategienggebiet organisierten und eine Ausweitung darüberhinaus nicht vorgesehen ist.

Das hatte den Vorteil, daß es sich von vornherein nur um eine begrenzte Anzahl von Häusern handelte und vor allem, daß die Leute sich größtenteils untereinander kannten. Im Gegensatz zu Netzbau, wo mal Leute aus diesem, mal aus jenem Haus an der wöchentlichen Arbeitsgruppe teilnahmen, arbeiteten hier Leute aus allen Häusern, die verhandeln wollten, kontinuierlich mit.

Nachdem der Anspruch, daß alle 200 in den Häusern lebenden Besetzer dauernd an der laufenden Diskussion beteiligt sein müßten, wegen der offensichtlichen Undurchführbarkeit und wegen des Desinteresses eines Teils der Leute an diesem Thema, bald fallengelassen wurde, entwickelte sich schnell eine Art Delegiertenprinzip. Aus jedem Haus arbeiten mindestens zwei Leute kontinuierlich in der Trägergruppe mit, die die Informationen aus den Häusern in die Gruppe und umgekehrt zurück tragen.

Gab es ein Problem, das ein Haus besonders anging oder waren Leute mit der Politik der Trägergruppe nicht zufrieden – was besonders anhand der ewigen Frage: verhandeln oder nicht verhandeln oft der Fall war – tauchte oft eine größere Gruppe aus einem Haus auf, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Auf diese Art und Weise nahm eine recht große Anzahl von Leuten kontinuierlich an den Diskussionen teil. Diese Arbeitsweise funktionierte insofern gut, als zum einen der Grad der Informationsverbreitung sehr hoch war und zum anderen die Leute auf jeden Fall dann kamen, wenn ein Thema anlag, das ihnen wichtig war. So ist es in der ganzen Zeit nicht vorgekommen, daß Entscheidungen über die Mehrheit der Betroffenen hinweg getroffen wurden. Über die Trägergruppe hinaus arbeitete noch eine Gruppe von früher 3, jetzt 5 Leuten intensiver am Aufbau des Trägers. Dieser kleinere Kreis – eine Art geschäftsführender Ausschuß – trifft sich etwa 2 bis 3 Mal in der Woche zu Arbeitsbesprechungen und nimmt in wechselnder Besetzung die verschiedenen Termine wahr.

Mit zunehmender Detailkenntnis zeigten sich dann auch immer mehr die Vermittlungsschwierigkeiten in die Häuser hinein. Die Fachkenntnisse, die die kleine Gruppe sich angeeignet hat, lassen sich nicht mehr ohne weiteres über die Delegierten in die Häuser hineinbringen. Entsprechend nimmt das Interesse an der Trägerarbeit ab.

Zwar hat die Vermittlung von Informationen und die ausführliche Diskussion politischer Vorgehensweisen den Vorteil, daß, wenn Entscheidungen getroffen werden, diese in der Regel auch von fast allen mitgetragen werden, aber sie hat auch den schwerwiegenden Nachteil, daß die Entscheidungsfindung oft eine unverhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nimmt und manchmal erst dann beendet ist, wenn es zu spät ist. In dieser Struktur liegt ein wichtiger Grund für das oft zögernde defensive politische Handeln der Trägergruppe, hinzu kommen die z.T. mangelnde Fachkenntnis, die Berührungsängste Politikern und Senatsleuten gegenüber.

Gerade von letzteren ist wenig unternommen worden, um diese Berührungsängste abzubauen. Der Trägergruppe wurde ständig erzählt, sie sei nicht kompetent, verfüge nicht über die notwendigen personellen Kapazitäten und könne vor allem nicht so schöne Briefe schreiben, wie der Geschäftsführer der Netzbau-GmbH (O-Ton). Auch wenn an allen diesen Einschätzungen von seiten des Senats was Wahres dran sein mag, so hätte mehr als diese lapidaren Feststellungen sicher eine konkrete Unterstützung geholfen.

PRIVATEIGENTUM, GEMEINSCHAFTSEIGENTUM, EIGENTUM, EIGENTUM, EIGENTUM....
oder warum wir uns überlegen, selber Häuser zu kaufen

Angesichts der Räumungspolitik des Senats und der aussichtslos scheinenden Möglichkeit eines - auch finanziellen - Beitrags des Senats zur Legalisierung der Häuser haben wir angefangen, uns zu überlegen, ob wir das eine oder andere Haus nicht selber kaufen und als genossenschaftliches Gemeinschaftseigentum verwalten, bewirtschaften und instandsetzen können.

Auslösender Faktor für diese Überlegung war die Forderung des Genossenschaftsverbandes, daß wir, um in das Genossenschaftsregister eingetragen zu werden, eine Summe von ca. 100.000,-- DM nachweisen müssen. Dieser Betrag soll in etwa der Drittelfinanzierung zum Kauf eines Hauses entsprechen. Das wirtschaftliche Prüfungsgutachten muß ergeben, daß die Genossenschaft in der Lage ist, ein Haus zu kaufen, da die Verfügungsrechte über ein Grundstück Voraussetzung für ihre Tätigkeit sind (satzungsgemäß).

Hinzu kam, daß das Grundstück Görlitzer Str. 39 verkauft werden sollte (und soll). Dabei war und ist ungewiß, was dann aus den Besetzern des Hinterhauses und der Fabrik werden soll und was mit den Gebäuden geschieht.

Also haben wir uns überlegt, wenn wir das Geld schon zusammen sammeln müssen, warum sollen wir dann nicht wirklich versuchen, ein Haus zu kaufen? Konkreter durchgespielt haben wir diesen Gedanken bisher anhand der Grundstücke Görlitzer Str. 39 und Liegnitzer Str. 5. Während die Frauen des Hexenhauses bereit sind, ihr Haus auch unter eigener finanzieller Beteiligung zu kaufen, sind die Besetzer der Görlitzer Str. 39 in dieser Frage sehr gespalten.

Mit den Eigentümern ist bisher nicht verhandelt worden, bekannt ist nur, daß beide verkaufen wollen.

Zur Zeit versuchen wir, soviel Geld wie möglich über möglichst langfristige Privatarlehen zu beschaffen und sind dabei, die Geschäftseinlagen der Genossen einzusammeln, die zusammen 55.000,-- DM betragen.

Weiterhin versuchen wir, die genaueren Fakten über die betreffenden Grundstücke aufzulisten und haben über das Grundstück G 39 zusammen mit der IBA ein Wertfeststellungsgutachten erstellen lassen, für die Liegnitzer Str. 5 ist gleiches geplant.

Trotz dieser Überlegungen ist klar, daß die Genossenschaft nicht in der Lage ist, sämtliche besetzten Häuser im Strategiegebiet zu kaufen und vor allem nicht bereit ist, die diversen Planungsentschädigungen zu zahlen. Diese Überlegungen sollen verstanden werden als ein Beitrag von unserer Seite zur Lösung des Problems, mit dem jedoch der Senat keineswegs aus seiner Verantwortung entlassen ist. Es muß genauer abgeklärt werden, inwieweit und in welcher Form der Senat bei einer solchen "Mischlösung" einen Beitrag zur "Kiez-Gesamtlösung" leisten muß.

Die Forderung nach Installierung eines Sanierungstreuhandträgers in SO 36 als Instrument der behutsamen Stadterneuerung ist damit nicht aufgehoben, nur werden bei der Legalisierung der besetzten Häuser auch andere Wege gesucht.

Aufstellung der an der Genossenschaft beteiligten Häuser

Lausitzer Str. 22 - Regenbogenfabrik -

Eigentümer: Vogel & Braun, Wohnbau Design
Baubeginn zunächst verschoben. Es wird sich weiterhin um eine Lösung für Fabrik und Vorderhaus bemüht.

Lausitzer Str. 22a/23

WBK hat Bewilligungen zurückgenommen. Es existieren Absprachen zwischen Eigentümer und Besetzern über Legalisierungsverträge.

Liegnitzer Str. 5

Eigentümer: Wolfgang Tartsch Unternehmensberatung KG, Geschäftsführer
Hans-Jürgen Hoppe
Will verkaufen für ca. 370.000,— DM, davon 220.000,— DM Grundschild, 160.000,— DM mit 15 % verzinst. Seit Juli läuft Klage auf Abriß des Seitenflügels und Erteilung einer Baugenehmigung für das VH

Liegnitzer Str. 7/8

Eigentümer: Intergrund
Will verkaufen, Grunderwerb durch das SPI ist möglich und angestrebt.

Görlitzer Str. 39

Eigentümer: Erbgemeinschaft Warkocz
Will verkaufen, möglicherweise gibt es einen Käufer, der mit den Besetzern Nutzungsverträge abzuschließen bereit ist. Wird weiter abgeklärt.

Cuvrystr. 25

Eigentümer: Grundreal mit Vormerkung für das Land Berlin
Es ist die Vergabe eines Erbbaurechts vorgesehen. Möglicher Erbbaurechtsnehmer: Hausverein oder Genossenschaft.

Cuvrystr. 20/23 - Kerngehäuse -

Eigentümer: Marx - will verkaufen.

UTOPIA : Traumland, erdachtes Land, wo ein gesellschaftlicher Idealzustand herrscht

UTOPIE : als undurchführbar geltender Plan ohne reale Grundlage
(Fremdwörter-Duden, S. 754)

Überlegt man sich, welche Bedeutung eine Genossenschaft selbstverwalteter Häuser in Kreuzberg haben kann, so muß man sich zunächst über die Rolle klar werden, die sie spielen soll.

Das hängt nicht zuletzt von der jeweiligen Form ab, in der sie ihre Arbeit aufnimmt.

Auf dem jetzigen Diskussionsstand wären zunächst zwei Möglichkeiten denkbar:

das "kleinere" Modell, bei dem die Genossenschaft über einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit einem Treuhandträger kooperiert (etwa SPI oder Netzbau). Dabei würde die Genossenschaft selber keine Grundstücke erwerben - zumindest nicht mit Sanierungsförderungsmitteln -, sondern dem Treuhandträger lediglich bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit bestimmten, sich im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücken abnehmen. Nach Beendigung der Baumaßnahmen könnten Erbbaurechtsverträge entweder mit dem jeweiligen Hausverein oder mit der Genossenschaft abgeschlossen werden. Dabei ist fraglich, ob die Genossenschaft in einem solchen Fall auch die Durchführung der Sanierung übernehmen kann oder ob ihre Rolle sich während der Bauphase auf die Koordinierung des organisatorischen Zusammenhalts zwischen den Häusern sowie Verwaltungsaufgaben und den sozialen und kulturellen Bereich beschränkt.

Das zweite "große" Modell - insofern, als die Genossenschaft dabei selbständiger wäre - könnte so aussehen, daß Gemeinschaftseigentum in einer Mischform instandgesetzt, verwaltet und bewirtschaftet würde. Die Genossenschaft könnte Eigentümerin sein, Nutzungs- und Erbbaurechtsverträge abschließen. Eine weitere Institution wie BSM oder SPI wäre in diesem Fall für die Abnahme der Baumaßnahmen zuständig. Diese Konstruktion würde zunächst nur die Häuser betreffen, deren Erwerb die Genossenschaft entweder selbst finanzieren kann oder für die andere Formen der Legalisierung vorgesehen sind. Es müßte geklärt werden, wie die Arbeit der Genossenschaft in einem solchen Fall finanziert werden kann, ob z.B. die beteiligten Genossen ein Verwaltungsentgelt, einen monatlichen Mitgliedsbeitrag oder ähnliches zahlen.

Die Genossenschaft ist formal-rechtlich ein Zusammenschluß von verschiedenen juristischen Personen, inhaltlich aber ein Zusammenschluß von Leuten, die hier im Kiez leben und sowohl wohnungspolitische als auch Veränderungen in anderen Lebensbereichen bewirken wollen.

Die Mitglieder wie Verein SO 36, BI SO 36 und Tabor-Kirchengemeinde haben zwar z.T. unterschiedliche politischen Intentionen, wollen aber alle mit ihrer Arbeit das Leben im Kiez verändern und verbessern. Die Leute in den besetzten Häusern haben mehr vor, als nur Leerstand zu verhindern, wohnungspolitische Zeichen zu setzen und an den Häusern herumzubasteln. In allen Häusern wurden eine Reihe von Projekten aufgebaut, die von den Leuten in den umliegenden Häusern, wenn auch mit Schwellenängsten, mitgenutzt werden.

Im folgenden ein kleiner Überblick:

In der REGENBOGENFABRIK gibt es ein Vereinscafé, ein Kino, eine Fahrradwerkstatt, eine Tischlerei, einen großen Raum, der für Veranstaltungen genutzt werden kann, Gymnastik- und Kindermusikkurse werden durchgeführt, eine Babygruppe existiert, und es kümmert sich jemand regelmäßig um die offene Kinderarbeit auf dem Gelände.

Im HEXENHAUS in der Liegnitzer Str. 5 benutzt das Feministische Frauengesundheitszentrum eine Ladenwohnung.

Ein Kinderladen wird in der LIEGNITZER STR. 7/8 eingerichtet und der Bau einer Kiezsaua geplant.

In der CUVRYSTR. 25 gibt es ein Kollektiv, das sich mit Holz- und Bautenschutz beschäftigt, in der GÖRLITZER STR. 39 das Kinderkino KiKi.

Im KERNGEHÄUSE gibt es mehrere Theater- und Musikgruppen, eine Sprachenschule, eine Gesundheitsgruppe, Ingenieurbüros, 4 Taxi-Kollektive mit dazugehöriger Werkstatt, zwei Tischler-Kollektive, 1 Klempnerei-Kollektiv, eine Frauen-Metallwerkstatt. Insgesamt gibt es im Kerngehäuse 66 Arbeitsplätze, die ihre Leute bereits voll ernähren, 45 weitere Arbeitsplätze sind im Aufbau. *

In der Genossenschaft sind also nicht nur einfach Hausvereine zusammengeschlossen, sondern gleichzeitig eine Vielzahl von kulturellen, sozialen und handwerklichen Projekten und Kollektiven.

Es gibt eine Reihe von Arbeitsplätzen, vielleicht irgendwann auch mal Ausbildungsplätze.

* siehe "Selbsthilfe und Überleben in diesem unserem Lande"
Büro Durchbruch, Dezember 1982

In allen Bereichen wird Neues ausprobiert, wird versucht, "anders" zu leben und zu arbeiten, kleinteilige Zusammenhänge aufzubauen. Die Vielzahl der Projekte in einem verhältnismäßig kleinem Gebiet und der zum Teil recht enge Zusammenhang untereinander verändern das Leben im Stadtteil.

Wenn man diese schon geschaffene Grundlage als Ausgangspunkt für den weiteren Aufbau einer Stadtteilstruktur setzt, die mehr miteinander- und weniger gegeneinander- und nebeneinanderleben ermöglichen soll, ist zu überlegen, wie die Genossenschaft eine Entwicklung in diese Richtung vorantreiben kann.

Sie kann den Aufbau besserer Strukturen für die Stadtteilarbeit ermöglichen; sie kann viele Leute schnell erreichen, informieren und organisieren.

Die Aufnahme weiterer Mitglieder ist vorgesehen, zunächst will das Selbsthilfeprojekt in der Leignitzer Str. 18 der Genossenschaft beitreten. Die verbindliche Form der Organisation und die Kiezbezogenheit sind Voraussetzung für ein gezielteres Durchsetzen der Forderung nach bewohnerorientierter Stadtteilpolitik.

Weiterhin könnte die Genossenschaft der Ausgangspunkt sein für eine bessere Organisation und Koordination aller Aktivitäten, die mit dem Wohnen und Leben in diesem Stadtteil zusammenhängen.

Vorstellbar ist

- * die gemeinsame Verwaltung und Bewirtschaftung der Gebäude, bei der auch unterschiedliche Kostenbelastungen unter den Häusern angeglichen werden könnten,
- * Beantragung von Förderungsmitteln,
- * die gemeinsame Organisation der Instandsetzung und Modernisierung, z.B. auch durch den Austausch von Fachleuten und -wissen, gemeinsame Anschaffung von Werkzeugen und Maschinen sowie gemeinsame Nutzung von Werkstätten unter den Häusern, also konkrete Nachbarschaftshilfe,
- * der gemeinsame Großeinkauf von Material, der sich nicht nur auf Baumaterial beschränken muß (warum soll nicht die im Kerngehäuse ansatzweise vorhandene Food-Coop erweitert und auch den anderen Häusern zugänglich gemacht werden?)

Bei entsprechender Fantasie lassen sich sicherlich noch eine Reihe von Dingen finden, die die Genossenschaft zusammen mit den Leuten aus den Häusern vorbereiten, organisieren und durchführen könnte.

Vor allem im sozialen und kulturellen Bereich gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, über die noch weiter nachgedacht werden müßte. Der weitere Ausbau von Gemeinschaftseinrichtungen sollte vorangetrieben werden. Über die Genossenschaft lassen sich diese viel effektiver nutzen, da mehr Leute für deren Betrieb da sind und das Verhältnis der Nutzer z.B. zum Veranstaltungsraum in der Regenbogenfabrik ein anderes ist, wenn er als Gemeinschaftseinrichtung genutzt wird, als wenn er "Privatsache" der Regenbogenleute bliebe.

Vorstellbar ist der Aufbau eines gemeinsam betriebenen Kinderladens, eine Kiez-Sauna, die gemeinsame Durchführung von Festen und Diskussionsveranstaltungen. Gerade in diesem Bereich läge auch der Tätigkeitsbereich und der Nutzen, den die Stadtteilinitiativen aus der Genossenschaft ziehen könnten.

Die Genossenschaft müßte mit ihrem Büro in der Lage sein, solche Aktivitäten mitzuplanen, zu organisieren und zu koordinieren.

Voraussetzung ist, daß vielen Leuten zu diesem Thema noch viel mehr einfällt und vor allem, daß sie auch bereit sind, mitzuarbeiten.

FANTASIE AN DIE MACHT !!!